

Sozialdemokratische Kompetenz in der Wirtschaftspolitik

von Joachim Schuster

Der Fall Griechenland hat die Konsequenzen einer neoliberal geprägten Austeritätspolitik in Europa allen vor Augen geführt. Die Bilanz ist katastrophal. Zwei Rettungspakete haben Griechenland an den Rand des realwirtschaftlichen Abgrundes geführt. Die Arbeitslosigkeit hat sich von 2010 bis 2015 mehr als verdoppelt. Das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorkrisenstand um rund 25 Prozent gesunken. Die Staatsverschuldung ist trotz aller Sparanstrengungen weiter in die Höhe geschneit.

Wer nun glaubte, angesichts des Scheiterns der alten Strategie eine Kehrtwende herbeiführen zu können, wurde eines besseren belehrt. Auch das dritte sogenannte „Hilfspaket“ ist weiter von der Medizin geprägt, die schon in den Jahren zuvor keine Besserung gebracht, sondern die Lage verschlimmert hat. Begleitet wurde dies von einer wahren Propagandaschlacht. Vielstimmig wurde die Schuld der Griechen beschworen, die eben nicht fähig oder willens gewesen seien, die richtigen Reformmaßnahmen schon während der Laufzeit des Hilfspaketes I und II umzusetzen. Deswegen müssten jetzt die Auflagen umso härter sein – zumal jetzt eine Linksregierung in Athen die Regierungsmehrheit hat.

Nun soll an dieser Stelle nicht der Austeritätspolitik die Gesamtschuld für die Lage in Griechenland in die Schuhe geschoben werden. Denn ohne Zweifel haben die griechischen Regierungen es versäumt, notwendige Reformen des Steuersystems vorzunehmen oder die Korruption in der öffentlichen Verwaltung konsequent zu bekämpfen. Von daher trägt Griechenland in der Tat eine erhebliche Eigenverantwortung an der prekären Lage. Ähnliches gilt übrigens auch für die Lage in Spanien, Portugal, Irland oder Italien. Jeweils lassen sich auch hier nationale Gründe für die erheblichen realwirtschaftlichen Problemla-

gen in diesen Ländern anführen. Aber die von der Troika verordneten Reformmaßnahmen haben überall ähnliche Wirkungen gehabt: Steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende soziale Spaltung, Anstieg der Armut, sinkendes Bruttoinlandsprodukt.

Austerität als Leitlinie der europäischen Wirtschaftspolitik

Die Politik seit der Finanzkrise 2008/09 unter Führung Deutschlands in der Währungsunion trägt zu einer weiteren Zuspitzung massiv bei bzw. verhindert eine Überwindung der Krise in Europa. Diese Politik folgt einem einfachen Muster. Kern ist die Annahme, dass der Staat den Märkten und Unternehmen möglichst viel Spielraum lassen sollte, weil dadurch wirtschaftliche Effizienz und ein investitionsfreundliches Klima am besten gefördert werden würde. Finanzpolitisch ist eine Eindämmung der Staatsverschuldung oberstes Ziel, und zwar nicht durch Einnahmeerhöhung, sondern vornehmlich durch Ausgabenkürzung. In Deutschland tanzt man zu diesem Zweck um das Goldene Kalb „Schwarze Null“.

Ausgabenkürzungen seien natürlich vornehmlich bei den Sozialausgaben erforderlich, weil geargwöhnt wird, dass der europäische Sozialstaat unbezahlbar zu werden droht. Selbstverständlich müsste zudem der arbeitsrechtliche Schutz gelockert werden, weil unflexible Arbeitsmärkte doch ein Hauptübel seien. Und weil dies gegen die Gewerkschaften nicht so leicht durchsetzbar ist, müssen auch diese geschwächt werden, indem vor allem in die Tarifautonomie eingegriffen wird. Auch wenn Deutschland durch seine Exportstärke in der Lage ist, die negativen Wirkungen der Austeritätspolitik teilweise zu kompensieren, zeigen sich auch hierzulande die Auswirkungen deutlich: geringe Wachstumsraten, zunehmende

soziale Spaltung, steigende Armut sowie eine drastische Reduzierung öffentlicher Investitionen. Die Investitionshöhe reicht nicht einmal mehr aus, um den Substanzerhalt der grundlegenden Infrastruktur zu gewährleisten, wie etwa die (Teil-)Sperrung von Autobahnbrücken über den Rhein belegt.

Die Politik der Austerität ist die Grundlinie der wirtschaftspolitischen Kooperation in der EU. Im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters werden länderspezifische Empfehlungen entwickelt, in denen den Mitgliedstaaten häufig die oben genannten strukturellen Reformen nahegelegt werden. Sollten Länder Hilfskredite benötigen und unter den ESM-Rettungsschirm schlüpfen müssen, werden diese Elemente in einer radikalisierten Form durch Auflagen bei der Kreditvergabe verpflichtend gemacht. Im sogenannte Fünf-Präsidenten-Papier „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“, das von Kommissionspräsident Juncker in enger Zusammenarbeit mit dem Ratspräsidenten Tusk, dem Chef der Euro-Gruppe Dijsselbloem, dem EZB-Chef Draghi und dem Parlamentspräsidenten Schulz entwickelt wurde, kann man nachlesen, wie diese politische Ausrichtung institutionell gefestigt werden und damit europäischen Verfassungsrang erhalten könnte.

Die Knute mit der diese Politik aktuell durchgesetzt wird, ist die im Regelwerk der Währungsunion verankerte Stabilitätsorientierung und die immer wieder beschworene No-Bailout-Klausel. Wie radikal diese Politik durchgesetzt wird, hat sich bei den Auseinandersetzungen um das dritte Hilfspaket für Griechenland gezeigt. Bis zuletzt wurde vor allem von Bundesfinanzminister Schäuble der Grexit als Drohkulisse aufgebaut. Die Botschaft war eindeutig: Wer nicht spurt, fliegt. Und die Mehrheit des Sachverständigenrates hat noch Ideen in seinem jüngsten Sondergutachten beige-steuert, wie die ökonomischen Risiken einer solchen Drohkulisse für die Euro-Zone als Ganzes minimiert werden könnten.

Das Ziel: Regeln für eine geordnete Staatsinsolvenz von Euro-Mitgliedern.

Diese Politik verschärft nicht nur die ökonomischen und sozialen Probleme in Europa, sondern ist auch eine maßgebliche Ursache für die immer deutlicher werdende politische Krise der EU. Das Vertrauen der Bevölkerung in die europäischen Institutionen ist dramatisch gesunken. Nationalistische Parteien und Bewegungen – häufig mit rechtsextremer Ausprägung – gewinnen in allen Mitgliedstaaten an Kraft.

Sozialdemokratische Anpassung an den Mainstream

Im Kern wird diese fatale wirtschaftspolitische Fehlorientierung von der SPD in der großen Koalition mitgetragen. Zwar wird im nationalen Rahmen noch versucht, mit wichtigen Reformmaßnahmen, etwa der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns oder der geplanten Reformierung der Leiharbeit und des Werkvertragswesens, Alternativen zu entwickeln. In Bezug auf die europäische Ebene ist davon jedoch nichts zu spüren. Hier wird die Austeritätspolitik vollständig mitgetragen. Sigmar Gabriel versuchte in den Auseinandersetzungen mit Griechenland sogar noch Wolfgang Schäuble als „harten Hund“ zu übertrumpfen. Zugleich tritt der Wirtschaftsminister in den TTIP-Verhandlungen als unkritischer Befürworter von Freihandel auf und versucht, die steuerpolitische Linie der SPD wieder „unternehmensfreundlicher“ zu gestalten.

Zu Recht wurde in den letzten Monaten parteiintern bemängelt, dass die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD zu gering sei. Eine Anpassung an den neoliberalen Mainstream ist jedoch vollständig perspektivlos. Weder können mit dieser Politik grundlegende ökonomische und soziale Probleme gelöst werden, noch wird die Nachahmung Merkelscher Politik die Attraktivität der SPD für die Wählerinnen und Wähler steigern.

Förderung nachhaltigen Wachstums in Deutschland und Europa

Die SPD muss stattdessen für eine grundlegende Alternative zur Austeritätspolitik eintreten und zwar nicht nur im nationalen Rahmen, sondern gerade auch in Europa. Tragfähig kann nur eine Politik sein, die nationale Handlungsspielräume und Eigenverantwortlichkeit mit einer stärkeren europäischen Koordinierung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik verbindet, die nachhaltiges Wachstum fördert und dadurch die Basis für eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schafft sowie Spielräume für sinnvolle und sozial ausgewogene nationale Reformen eröffnet. Das schafft ein stabiles, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und ein investitionsfreundliches Klima. Eine solche Politik muss Anreize für die Mitgliedstaaten bieten, diese Schritte mitzugehen. Gleichzeitig bedarf es geeigneter Instrumente, um ein gemeinschaftsschädliches Trittbrettfahrer-Verhalten zu unterbinden. Deutschland kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Es muss seine engstirnige, nur auf die eigenen nationalen Wettbewerbsvorteile ausgerichtete Politik aufgeben und stattdessen gemeinsam mit Frankreich die Lokomotivfunktion für nachhaltiges Wachstum übernehmen.

Eine derartige Kurskorrektur wäre etappenweise durchsetzbar, wobei die ersten wichtigen Schritte ohne Vertragsänderungen machbar sind. Sie wird jedoch momentan aufgrund der politischen Mehrheiten in den Institutionen und Mitgliedstaaten blockiert. Grundbedingung ist die Überwindung der langanhaltenden Wirtschaftskrise durch eine europäisch koordinierte Wachstumspolitik sowie die Vollendung der Bankenunion und die weitere Regulierung der Finanzmärkte, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise von 2008 auszuschließen. Wesentliche Elemente dieser Abkehr von der Austeritätspolitik sind:

- Eine umfassende Steigerung der privaten wie öffentlichen Investitionstätigkeit,

um den bestehenden Investitionsstau zu beseitigen. Konkret geht es um Investitionen in regenerative Energien, zur Steigerung der Ressourceneffizienz, in die Digitalisierung, in Bildung und Wissenschaft aber auch zum Erhalt der grundlegenden Infrastruktur.

- Die konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Spaltung sowie die Stärkung der Tarifautonomie.
- Die Durchsetzung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik im Rahmen der Europäischen Semester, die zumindest die Lohnerhöhungsspielräume durch Inflation und Produktivitätsfortschritt vollständig ausschöpft.
- Bekämpfung von Steuervermeidung in der EU. Durch grenzüberschreitende Steuergestaltung, Steuerflucht und Steuerhinterziehung internationaler Konzerne gehen der öffentlichen Hand EU-weit jährlich geschätzte 1.000 Milliarden Euro verloren.
- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa, um die spekulativen Transaktionen auf den Finanzmärkten unattraktiver zumachen und um weitere Einnahmen zu generieren.
- Die Vollendung der europäischen Bankenunion, in dem vor allem die Kapitalvorsorge der Banken für eventuelle Bankenpleiten erhöht und eine Trennung des normalen Bank- und Kreditgeschäftes vom Investmentbanking vorgenommen wird.

Vollendung der Währungsunion durch wirtschaftspolitische Koordinierung und europäisches Schuldenmanagement

Eine derart veränderte Politik, die im Rahmen der bestehenden europäischen Verträge umsetzbar ist, hätte eine deutliche Verbes-

serung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen zur Folge. Dies wäre wiederum die Basis für Maßnahmen zu einer dauerhaften Stabilisierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die auch Änderungen der europäischen Verträge erfordern würde. Im Kern geht es darum, die Währungsunion so zu vertiefen, dass weder wirtschaftliche Krisenprozesse noch die Politik einzelner Mitglieder, die die Vorteile einer Währungsunion egoistisch und zum Schaden der anderen Beteiligten ausnutzen, den Bestand der Währungsunion gefährden können. Die europäische Wirtschaftspolitik des „gegeneinander“ muss durch eine Politik des „miteinander“ Arbeitens ersetzt werden. Dazu muss die Wirtschafts- und Währungspolitik umfassend demokratisiert werden und vollständig unter das Vertragswerk der EU gebracht werden. Im Einzelnen erfordert dies:

- Eine europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die nicht nur stabilitätspolitische sondern gleichgewichtig auch beschäftigungs- und wachstumspolitische Ziele verfolgt. Diese muss durch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente demokratisch legitimiert werden.
- Ein europäisches Schuldenmanagement in der Eurozone durch die Einführung eines Schuldentilgungsfonds für alle Schulden über 60 Prozent des BIP, dem schon im Maastrichter Vertrag Anfang der 1990er Jahre festgelegten Schuldenkriterium für die Währungsunion. Die in den Fonds überführten Schulden sollten dann in einem langfristigen Zeitraum von 50 Jahren reduziert werden.
- Eine verpflichtende und mit Sanktionen durchsetzbare Begrenzung der Neuverschuldung auf Basis einer quantitativ ausreichenden und sozial gerechten Besteuerung. Damit wird sichergestellt, dass die Verschuldung der Euro-Staaten

nicht mehr als 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes übersteigen kann. Unter der Voraussetzung, dass die Verschuldungsspielräume in Zeiten guter Konjunktur nicht ausgenutzt werden, verbleibt allen Euro-Staaten in begrenztem Umfang die Möglichkeit einer antizyklischen Finanzpolitik. Lediglich die EU als Ganzes soll die Möglichkeit erhalten, die Schuldengrenze insgesamt befristet außer Kraft zu setzen, etwa um schweren Wirtschaftskrisen entgegenzuwirken.

- die Schaffung einer umfangreichen und dauerhaften europäischen Investitionskapazität zur Förderung von nachhaltigem Wachstum in der Eurozone und als Instrument für eine antizyklische Wirtschaftspolitik.

Alternativen zur Austerität sind machbar. Die SPD wäre gut beraten, diese politisch weiter auszuarbeiten und in die politische Debatte einzubringen anstatt dem konservativen Mainstream hinterherzulaufen. ■

⇒ Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments.